

Feierstunde zur Verleihung des »Goldenen Pinocchio«

ASB in die Verantwortung nehmen! // Lebenswerte Alternativen schaffen!

Herr Schermuly,

wir sind beeindruckt, dass Sie es in nur knapp zwei Jahren Amtszeit als Erster Kreisrat schon geschafft haben, von uns stellvertretend für die Landkreisverwaltung mit dem 2. Negativpreis ausgezeichnet zu werden. Vor fünf Jahren haben wir im April 2019 dem Kreistag den „Goldenen Horst“ verliehen – als symbolische Auszeichnung für die damalige unsägliche Abschiebepolitik.

Heute werden wir Ihnen den „Goldenen Pinocchio“ überreichen. Die Geschichte sollte allen bekannt sein: Bei jeder Unwahrheit wächst die Nase. Da unsere Möglichkeiten begrenzt sind und wir nach vielen Monaten kaum alle Unwahrheiten auflisten können, übergeben wir Ihnen jetzt eine andere kreative Lösung zur Erinnerung – einen „Goldenen Pinocchio“.

Doch weshalb?

Der Erste Kreisrat und die Landrätin haben durch ihre Verwaltung, in der Presse und über eigene Pressemitteilungen mindestens das Folgende verbreiten lassen, das zum betreffenden Zeitpunkt schlicht nicht der Wahrheit entsprach:

Behauptung 1: Es gibt ausreichendes Internet in der Massenunterkunft in Neu Tramm und man werde sonst technisch schnell nachrüsten, auch bei hohen Kosten (mündlich, Ausschusssitzung, April 2024, vgl. EJZ 21.4.24, weiter EJZ 7.6.24).

Behauptung 2: Menschen können in Neu Tramm kochen (PM 89/2024, EJZ 19.6.24).

Behauptung 3: Es gibt Deutschkurse in Neu Tramm (PM 89/2024, vgl. EJZ 7.6.24).

Behauptung 4: Angemessene Gesundheitsversorgung wird regelmäßig in Neu Tramm angeboten (PM 89/2024).

Behauptung 6: Es gibt die Möglichkeit für spezielle Nahrung, wenn Menschen Wünsche gegenüber dem ASB äußert (PM 89/2024).

Behauptung 7: Ehrenamtliche können Fahrtkostenvergütung bekommen (Ausschusssitzung, April 2024).

Es gibt einige mehr. Wir belassen es dabei.

Versagen mit Ankündigung: Weshalb das so ärgerlich ist und es Veränderungen braucht

Seit November 2023 ist öffentlich bekannt, dass die Kaserne in Neu Tramm Massenunterkunft werden wird. Noch im Januar wurden beim Informationstreffen für die Bevölkerung in Breselenz große Töne gespuckt, was ab Mitte Februar alles stattfinden würde: gesicherte Mobilität, angemessene Gesundheitsversorgung, Kita- und Schulbesuch, Deutschkursangebote, Räumlichkeiten für eine Kleiderkammer usw. Berechtigterweise kamen damals schon kritische Nachfragen, ob das wohl alles umzusetzen sei, ob es ein Gewaltschutzkonzept seitens des Betreibers gebe, ob für Internet gesorgt sei.

Seit April 2024 gibt es vermehrt von Bewohner*innen Kritik an den Bedingungen in Neu Tramm und auch in der Sammelunterkunft in Steine – formuliert in einem Brief an den Landkreis, den die Geflüchteten selbst koordiniert haben. Seitdem ist dem ASB und dem Landkreis definitiv bewusst, was nicht funktioniert. Im Juni wurden die Forderungen mit Nachdruck erneut vorgebracht. Von Seiten des Landkreises wurde dieser legitime Protest lieber unwahr als „von außen gesteuert“ (vgl. EJZ 7.6.24) diskreditiert. Nun ist Mitte August.

Das Versagen des Landkreises, beim Betreiber der Unterkunft nachhaltig und schnell für Lösungen für die von den Geflüchteten selbst angemahnten Probleme zu sorgen, ist eklatant. Es ist ein Versagen der Verwaltung, ein Versagen der Mitmenschlichkeit. Und es ist ein Versagen mit Ankündigung.

Was ist seit April passiert?

Kaum etwas, wenn dann widerstrebend und nach anhaltendem Druck von Bewohner*innen.

- Ein paar Frauen mit Kleinkindern konnten nach Steine umziehen, was nur eine marginale Verbesserung darstellt, war doch über viele Wochen keine Anwesenheit von Sozialarbeiter*innen sichergestellt und die Räume nicht abschließbar.
- Es gibt ein paar Induktionsplatten (vgl. EJZ, 19.6.24), die aber immer noch nicht betriebsbereit sind (vgl. EJZ, 17.8.24). Es gibt einen Wasserkocher, 6 anstatt 2 (!) Waschmaschinen. Gebraucht würden viele mehr, auch wenn der ASB anderer Ansicht ist.
- Menschen bekommen 20€ mehr Asylbewerberleistungen ausgezahlt, aber erst nachdem Einzelne Klage erhoben haben und das Land Niedersachsen das Sozialamt aufgeklärt hat. Jetzt wird gekämpft für Bekleidungs-geld, auch rückwirkend.
- Nach vielen Monaten des Drucks gibt es seit wenigen Tagen Deutschunterricht. Über 6 Monate nach Eröffnung der Sammelunterkunft.
- Angemessene Gesundheitsversorgung vor Ort ist weiterhin nicht gewährleistet – Dank Herr Schermulys Intervention. Wir erinnern uns an die Klagen des Ersten Kreisrates, er müsse auch bis Uelzen fahren für einen Kinderarzttermin (Ausschusssitzung April 2024).
- Ausreichende Internetversorgung existiert nicht, für Deutschkurse, Übersetzungen, Kommunikation unerlässlich (vgl. auch EJZ 19.6.24) – der Betreiber ließ gar verheißungsvolle Papiere aushängen, dass es "kommen würde" und musste es nach Anweisung des Sozialamtes abhängen .

Wo stehen wir?

Fakt ist: Der Landkreis hat sich treiben lassen vom Angebot des „billigsten“ Anbieters – und wie zu erwarten wird an allen Ecken und Kanten gespart, auf ehrenamtliche Initiative vertraut und auf Spenden und Wohltätigkeit.

Für einen Sozialträger ist dies ein unwürdiges Verhalten. Doch die Landrätin und der Erste Kreisrat fordern nicht, bauen keinen Druck auf. Es bleibt der bittere Nachgeschmack, dass es allen eigentlich auch ganz gut so passt.

Nun kommen die Chipkarten in der Sammelunterkunft und die Bezahlkarte soll auch kommen – Kontrolle, Maßregelung, Gängelung, Massenunterbringung, Sparpolitik – für einen selbsterklärt weltoffenen Landkreis ein trauriges Schauspiel.

Dabei gibt es Alternativen für den Kreistag – und sie stehen im Raum oder gar in Anträgen einzelner Fraktionen:

1. Druck der Landrätin und des Ersten Kreisrats auf den Betreiber oder Wechsel des Betreibers bei Nichterfüllung der Vertragspflichten.
2. Vollständige Auszahlung der Asylbewerberleistungen. Dies ermöglicht die angepriesene Autonomie der Geflüchteten, gerade auch was Selbstversorgung angeht.
3. Keine Massenunterkunftsorte verstetigen, intelligente und nachhaltige Landkreis-entwicklungspolitik betreiben. Kein Kauf von Neu Tramm oder UeFESt durch den Landkreis.
4. Nachhaltige Entwicklung zu durchmischten Stadtteilen mit dezentraler Unterbringung, Ausbau des Sozialwohnungsbaus in Abstimmung mit den Samtgemeinden. Aufklärung bei Vermieter*innen über Vermietungssicherheit an den Landkreis.
5. Leerstandserhebung und-vermeidung zur obersten Stadtbaupolitik machen – seit Jahren stehen bspw. die ehemaligen Kaufhäuser in Lüchow leer – die Gelder für Kauf und Ausbau scheinen ja vorhanden zu sein.
6. Angemessene Anerkennung und Unterstützung der Leistung von Ehrenamtlichen anstatt schäbiger Kleinkariertheit bei der Mittelverteilung im Ausschuss.
7. Keine Bezahlkarten, Gutscheine oder andere unwürdige Sozialauflagen für Geflüchtete.

So kann es nicht weitergehen. Wir erwarten, dass der Landkreis und seine Landrätin handeln.

Erst recht aber wollen sich die Bewohner*innen des Lagers und die Menschen im Landkreis nicht weiter für dumm verkaufen lassen. Der „Goldene Pinocchio“ ist mehr als verdient!

Lüchow, 19.8.2024

gez. Jury »Goldener Pinocchio«